

Weg für neues DNA-Gesetz ist geebnet

Kriminalität Strafverfolgungsbehörden sollen codierte DNA-Abschnitte entschlüsseln dürfen. Zu diesem Schluss kommt jetzt auch die Rechtskommission des Ständerats. Die Gesetzesänderung dürfte somit nur noch Formsache sein.

Yasmin Kunz

yasmin.kunz@luzernerzeitung.ch

Künftig soll man aus der DNA nicht nur das Geschlecht, sondern auch die Augen-, Haar- und Hautfarbe entschlüsseln dürfen. Die Rechtskommission des Ständerats hat gestern eine entsprechende Motion des Luzerner FDP-Nationalrats Albert Vitali einstimmig angenommen. Der Nationalrat hat den Vorstoss schon in der Frühlingssession gutgeheissen.

Zu den Beweggründen sagt Fabio Abate, Tessiner FDP-Ständerat und Präsident der Rechtskommission: «Das Anliegen ist gerechtfertigt. Die technischen und wissenschaftlichen Fortschritte erlauben eine wesentliche Verbesserung der Strafverfolgung.»

Vitali ist «sehr erfreut» über den Entscheid

Albert Vitali ist «sehr erfreut», dass sowohl der Nationalrat als auch die Mitglieder der Rechtskommission des Ständerats die Motion befürwortet haben. Weil sein Vorstoss bisher ohne Widerstand gutgeheissen wurde, macht sich der Politiker aus Oberkirch Hoffnung, dass der Ständerat die

Motion überweisen wird. «Mein Begehren wird auch in der Kleinen Kammer durchkommen», ist Vitali überzeugt. Dem pflichtet auch Fabio Abate bei.

In der Motion verlangt der Luzerner Politiker, dass die Schweizer Strafverfolgungsbehörden bei schweren Straftaten codierte DNA-Abschnitte auswerten können. Mit der Entschlüsselung von äusseren Merkmalen könnten präzisere Täterprofile erstellt werden. Am 1. Dezember soll der Ständerat über die Motion befinden. Stimmt der Ständerat zu, muss der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Simonetta Sommaruga (SP), die dem Justiz- und Sicherheitsdepartement vorsteht, liess Vitali gegenüber verlauten, dass sie eine möglichst schnelle Umsetzung der Gesetzesvorlage wolle. Vitali erklärt: «Möglichst schnell könnte bereits in einem Jahr sein.»

Anlass für die eingereichte Motion von Vitali war der «Fall Emmen», wo im Juli 2015 eine junge Frau vergewaltigt und schwer verletzt wurde. Auch die Mutter des Opfers forderte in der SRF-Sendung «Rundschau» ein rasches Umdenken. Mit diesem Begehren sind Vitali und die Fa-



Nach dem Verbrechen am Dammweg suchen Polizisten nach Spuren. Bild: Beatrice Vogel (Emmen, 22. Juli 2015)

milie des Opfers nicht allein. Unterstützt werden sie unter anderem von Daniel Jositsch, Zürcher Strafrechtsprofessor und SP-Ständerat. Der Zürcher Politiker ist ebenfalls Mitglied der Rechtskommission des Ständerats.

Drei tote Frauen in Deutschland

Am 21. Juli 2015 wurde eine 26-jährige Frau auf dem Dammweg in Emmen vom Velo gestossen und brutal vergewaltigt. Seither ist das Opfer vom fünften Halswirbel abwärts gelähmt. Trotz Massen-DNA-Tests, Handyauswertungen und einer Belohnung von 10 000 Franken für Hinweise aus der Bevölkerung, konnte der Täter noch nicht gefasst werden. Nach wie vor habe der «Fall Emmen» oberste Priorität, sagt Simon Kopp, Sprecher der Luzerner Staatsanwaltschaft. Noch sind einige DNA-Tests ausstehend.

In Deutschland wurden in jüngster Vergangenheit drei junge Frauen vergewaltigt und ermordet. Ein Zusammenhang mit dem «Fall Emmen» kann derzeit ausgeschlossen werden, so Kopp. Morgen Abend werden die deutschen Fälle in der ZDF-Sendung «Aktenzeichen XY» ausgestrahlt.

Nachgefragt

«Ich werde angespannt sein»

Heute Abend findet im Kulturzentrum Braui in Hochdorf unter dem Namen «Luzern diskutiert» das Podium «Die Schweiz als Chance» statt. Geleitet wird es von Jérôme Martinu, Chefredaktor unserer Zeitung. Dabei sind unter anderem Bundesrat Didier Burkhalter, Vorsteher Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), sowie die 17-jährige in Schongau wohnhafte Franziska Fink. Sie besucht an der Kanti Seetal die 5. Klasse.



Politikinteressiert: Franziska Fink (17) aus Schongau. Bild: PD

Franziska Fink, wie kommt es, dass Sie an diesem hochkarätig besetzten Podium teilnehmen?

Ich besuche an der Kanti Seetal das Ergänzungsfach Geschichte. Als Ständerat Damian Müller als OK-Präsident des Anlasses in der Schule nach einem Podiumsteilnehmer suchte, wurde ich gefragt, ob ich mitmachen wolle.

Haben Sie spontan zugesagt?

Ich musste schon kurz darüber nachdenken, habe aber sehr gerne zugesagt. Denn die Politik interessiert mich schon länger. So habe ich bereits vor zwei Jahren an «Jugend debattiert» mitgemacht. Kürzlich durfte ich auch in Berlin beim Deutschen Bundestag ein zweiwöchiges Praktikum besuchen.

Mit welchen Erfahrungen sind Sie zurückgekommen?

Es war eine spannende Zeit, habe auch den Plenarsitzungen des Bundestages gelauscht und zum Beispiel einer Rede von Vizekanzler Sigmar Gabriel beigewohnt.

Haben Sie sich auf das heutige Podium gezielt vorbereitet?

Im Ergänzungsfach Geschichte

hatten wir eine thematische Vorbereitungslektion.

Was erwarten Sie persönlich?

Ich hoffe, etwas zu einer spannenden Diskussion beitragen zu können. Ich möchte die Jugend dazu aufrufen, noch aktiver an der Politik mitzuwirken. Wer nicht mitbestimmt, über den wird bestimmt. Aber grundsätzlich lasse ich mich überraschen. Es ist für mich eine neue Erfahrung, und ich denke, es wird bestimmt Spass machen.

Wie stehts um die Nervosität?

Ich werde sicher angespannt sein. Vielleicht sogar ein wenig nervös. Weil ich aber schon an der Jugendsession teilgenommen habe, bin ich mich bereits etwas gewohnt, vor Leuten zu stehen.

Sie treffen Bundesrat Didier Burkhalter. Was möchten Sie ihn fragen?

Mich interessiert, wie er zu diesem Job gekommen ist. Eine spezifische Ausbildung für so ein Amt gibt es ja nicht... (ep)

Hinweis

Der offizielle Teil der Politveranstaltung dauert von 18 bis 20 Uhr.

Soll jede Steuererhöhung vors Volk?

Abstimmung Die SVP-Initiative «Steuererhöhungen vors Volk» kommt am 27. November an die Urne. Bei einem Ja befindet der Bürger über jede Änderung des Steuerfusses. Zu Recht?

Pro

Das Initiativkomitee und über 4500 Mitunterzeichner sind überzeugt, dass in der wichtigen Frage des Steuerfusses, von der ein Grossteil der Bevölkerung direkt betroffen ist, das Volk mitbestimmen soll. Es geht um ein demokratisches Recht – das fakultative, freiwillige Referendum soll zu einem obligatorischen Referendum umgewandelt werden.

Die Initiative verlangt nichts anderes, als dass das Volk schneller und obligatorisch darüber abstimmt. Dadurch entfallen der 60-tägige Zeitraum der Ungewissheit und der Zustand einer budgetlosen Zeit. Mit der aktuellen Regelung kann das Ergreifen des Referendums zu einem budgetlosen Zustand von mehreren Monaten führen. Ein schwieriger Zustand, den wir vermeiden sollten. Das Volk kann also schneller bestimmen, ob es eine Steuerfusserhöhung mittragen will oder nicht. Die Mitarbeitenden des Kantons, Organisationen, die staatliche Beiträge erhalten, und die Empfänger von Aufträgen, also das Gewerbe, erhalten dadurch auch früher Sicherheit.

Auf eidgenössischer Ebene existiert die Mitsprache des Volkes in wichtigen Fragen zur Steuerbelastung. Das Volk muss zu jeder Erhöhung der Mehrwertsteuer befragt werden. Das Volk wird auch zu Änderungen bei der Bundessteuer befragt. Gemeinden haben die

Gemeindeversammlungen, an denen das Volk direkt entscheidet. Dank diesen Regelungen verfügt die Schweiz im Vergleich zum Ausland über eine tiefere Steuerbelastung. Für unsere tiefen Mehrwertsteuersätze werden wir international beneidet. Warum soll auf Stufe Kanton genau diese regulierende Mitbestimmung nicht gelten? Nur wer keine Steuern zahlt, dem kann es egal sein, wie hoch die Steuern sind. Wenn einmal über die Hälfte der Bevölkerung keine Steuern mehr bezahlt, wird die andere Hälfte immer mehr zur Kasse gebeten.

Die direkt betroffenen Bürger sollen selber bestimmen, ob sie bereit sind, dem Kanton noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn die Bevölkerung das Wachstum der Staatsfinanzen weiterfinanzieren will, wird sie Ja zu einer Steuerfusserhöhung sagen. Wenn die Bürger der Meinung sind, das Fass der persönlichen Belastung sei voll, werden sie eine Erhöhung ablehnen. Fragen wir das Volk, bevor der bekannte letzte Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt.



Guido Müller, SVP-Kantonsrat, Ebikon

Kontra

Die kantonale Volksinitiative der SVP «Steuererhöhungen vors Volk» hält nicht, was sie verspricht. Sie suggeriert der Bevölkerung, sie könne mit der Abstimmung über die Steuerfusserhöhung massgeblich darüber entscheiden, die Ausgaben des Staatshaushalts zu stoppen. Die Initiative ist ein «Etikettenschwindel». Weshalb?

Die jährlichen Aufwendungen für den Staatshaushalt des Kantons Luzern betragen zurzeit 3,7 Milliarden Franken. Zwei Drittel davon können wir nicht selber beeinflussen, weil es sich um Entscheide und Vorgaben des Bundes handelt wie beispielsweise die direkte Bundessteuer, die Verrechnungssteuer, Entschädigungen an Gemeinden et cetera.

Die jährlichen Steuereinnahmen des Kantons betragen rund 1,2 Milliarden Franken. Mit diesen Geldern finanziert der Kanton seine Aufgaben und seine Dienstleistungen an die Bevölkerung. In dieser Gesamtbetrachtung muss man denn auch die Initiative der SVP sehen. Aus den Einnahmen, die sich aus der Erhöhung der Steueranlage von 1,6 auf 1,7 ergeben, resultieren 66,4 Millionen Franken. Dies entspricht 1,6 Prozent des Gesamtbudgets des Kantons Luzern. Die Initiative gaukelt damit einen Spareffekt vor, der in Tat und Wahrheit nicht vorhanden ist.

Die Initiative ist auch deshalb abzulehnen, weil sie zu den steuerfinanzierten staatlichen Leistungen nichts ausagt. Der Stimmbürgerin und dem Stimmbürger wird das zentrale Mitentscheidungsrecht bei der Bestimmung der staatlichen Leistungen verwehrt.

Die korrekte Frage müsste deshalb lauten: Welche Leistungen sind wir als Bürgerinnen und Bürger bereit, über Steuereinnahmen zu bezahlen – und zu welchem Preis? Wollen wir mit einer Steuererhöhung bessere oder schlechtere Leistungen? Wollen wir den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen? Wie viel wollen wir uns bei der Gesundheitsversorgung leisten? Wollen wir weiterhin ein gutes und für alle Gesellschaftsschichten zugängliches Schulsystem? Oder sollen in Zukunft weitere Schulstunden gestrichen werden? Sollen mehr oder weniger Familien von der Subventionierung der Krankenkassenprämien profitieren?

Die Initiative der SVP will gerade zu diesen Fragen die Volksstimme nicht abholen.



Giorgio Pardini, SP-Kantonsrat, Luzern